



Grellingen (im Bild günstiger Wohnraum an der Delsbergstrasse) weist im Baselbiet die höchsten Sozialhilfekosten pro Kopf aus.

BZ-ARCHIV/JURI JUNKOV

# Sieben appellieren an Solidarität

## Sozialhilfekosten Nun liegt die Gemeinde-Initiative vor, doch nur 24 Orte würden sparen

VON MICHAEL NITTAUS

Solidarität ist ein grosses Wort. Dennoch wird es in Baselland zurzeit oft gebraucht. So auch gestern von sieben Gemeinden - Grellingen, Liestal, Laufen, Waldenburg, Hölstein, Niederdorf und Langenbruck -, die unter den steigenden Sozialhilfekosten leiden und deshalb einen Systemwechsel fordern. Im Stadtsaal des Liestaler Rathauses präsentierten sie die Details ihrer Gemeinde-Initiative, deren Lancierung die bz bereits Anfang August publik gemacht hatte.

Die Initiative will, dass 70 Prozent der Nettosozialhilfekosten der 86 Gemeinden in einem Topf zusammengefasst und anschliessend gemäss der Einwohnerzahl verteilt werden. Die restlichen 30 Prozent bleiben bei den Wohnsitzgemeinden der Sozialhilfebezügler. Die bestehenden Ausgleichszahlungen des Kantons über die Sonderlastenabgeltung Sozialhilfe von jährlich 8,5 Millionen Franken würden vorgängig abgezogen und blieben weiter vom Kanton geschuldet. Heute kommt jede Gemeinde - abgesehen vom Kantonszuschuss - selbst für ihre Sozialhilfekosten auf.

### Für 62 Gemeinden teurer

Erstmals lieferten die Initianten auch eine Berechnung für alle 86 Gemein-

den, wie sich diese neue Kostenverteilung auswirken würde. Die Kernbotschaft: Während die Pro-Kopf-Belastung der Gemeinden heute von Null bis rund 500 Franken schwankt, soll sie nach der Umverteilung nur noch zwischen 120 und 300 Franken variieren. Dabei wird klar, weshalb tatsächlich Solidarität gefragt ist: Nur 24 Gemeinden müssten weniger zahlen als heute, für 62 käme die neue Regelung teurer.

### Warnung vor Extremismus

Wenig überraschend würden die sieben Initiativ-Gemeinden profitieren. Dies macht Sinn, haben Gemeinden wie Grellingen, Liestal, Waldenburg oder Laufen doch mit die höchste Pro-Kopf-Belastung. Der Grellinger Gemeinderat Stephan Pabst drückte es so aus: «Ohne die neue Kostenverteilung wären unsere Reserven in zwei Jahren aufgebraucht und wir stünden vor dem Bankrott.» Auch betont er, dass die Belastung Grellingens trotz der Umverteilung noch immer über dem Kantonschnitt zu liegen käme. Statt total 920 000 Franken netto pro Jahr müsste die Laufentaler Gemeinde noch 540 000 Franken stemmen. Für Liestal würden sich die Nettokosten von rund 6 Millionen auf knapp 4 Millionen Franken reduzieren. «Es ist unabdingbar, jetzt aktiv zu werden. 2015 steigen die

Sozialhilfekosten in Liestal ungebremst weiter», so Stadtpräsident Lukas Ott.

Doch warum sollte das Stimmvolk einer Initiative zustimmen, die für den Grossteil der Gemeinden Mehrkosten verursacht? Das Extrembeispiel ist Aesch: Hier würden die Nettosozialhilfekosten um nicht weniger als 950 000 Franken auf total 1,7 Millionen zunehmen. Dies weil Aesch über 10 000 Einwohner hat, gemessen daran aber nur wenige Sozialhilfebezügler (2014 waren es 155) dort wohnen. «Weil ein gesellschaftlicher Wandel auf dem Buckel weniger Gemeinden ausgetragen wird», sagt der Laufener Stadtpräsident Alexander Imhof.

Es seien kaum beeinflussbare Faktoren, die dazu geführt hätten, dass sich regelrechte Sozialhilfe-Hotspots gebildet hätten: günstiger Wohnraum, gute ÖV-Anbindung und die Möglichkeit für Sozialhilfebezügler, dort in einer gewissen Anonymität zu leben. «Unternehmen wir nichts, steigt die Gefahr für Extremismus und sogar Rassismus», warnt Imhof. Denn der Ärger wachse, wenn wegen der Sozialhilfe Steuern erhöht oder Dienstleistungen gekürzt würden.

Die Initianten wehren sich gegen die bereits geäusserte Kritik mehrerer Gemeinden, dass bei einer Pool-Lösung kaum noch Anreiz bestünde, die eigenen Kosten zu reduzieren. Extra des-

wegen würden 30 Prozent der Kosten bei der Verursachergemeinde belassen. Und Ott gibt sich flexibel: «Die Initiative ist absichtlich unformuliert. Der Schlüssel 70/30 ist nur ein Vorschlag.»

### Voreilige Ablehnung

Gleichwohl hatten sich vor einer Woche Gemeinden wie Allschwil, Binningen und Pratteln, die selbst stark belastet sind, in der bz bereits ablehnend geäussert. Nach dem Blick in die Berechnungen der Initianten erstaunt dies umso mehr: Allschwil würde um 1,2 Millionen Franken entlastet, Binningen um 700 000 und Pratteln gar um 2 Millionen. Ott dazu: «Diese Gemeinden haben sich voreilig positioniert. Nun sollten wir erst einmal die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung beginnen.»

Die sieben Gemeinden legen die Initiative nun bis Ende Jahr ihren Legislativen zur Genehmigung vor. Danach beraten Regierung und Landrat, ob sie einen Gegenvorschlag ausarbeiten oder nicht. Dass am Ende das Baselbieter Stimmvolk über das Anliegen entscheidet, ist wahrscheinlich. Verhindert würde dies bloss, wenn der Landrat die Initiative mit einem Vier-Fünftel-Mehr unterstützt.



Online finden Sie die Kostenrechnung für die Gemeinden.

## NACHRICHTEN

### BIEL-BENKEN

#### Frau bei Kollision von zwei Autos verletzt

Beim Zusammenstoss zweier Personwagen in Biel-Benken hat sich eine Autofahrerin am Mittwochabend Verletzungen zugezogen. Die Sanität brachte die 26-jährige Frau ins Spital, wie die Baselbieter Polizei gestern mitteilte. Verursacht wurde der Unfall von einem 20-jährigen Autofahrer. Bei der Verzweigung Flühstrasse/Therwilerstrasse missachtete er das Vorrtrittsrecht eines von rechts kommenden Autos, worauf es zum Zusammenstoss kam. Weil eine grössere Menge Öl auslief, wurde die Feuerwehr aufgebeten. Danach wurde die Fahrbahn mit einer Wischmaschine gereinigt. (BZ)

### DUGGINGEN

#### Zwei Kandidaten für einen Gemeinderatssitz

Bei der Gemeinderats-Ersatzwahl in Duggingen vom 18. Oktober treten Marco Kunz und Peter Tschudin an. Nachdem im ersten Wahlgang Mitte Juni mangels offizieller Kandidatur keine Wahl zustande gekommen ist, gilt bei der Nachwahl in drei Wochen das relative Mehr. Ersetzt werden muss Fabian Kilchenmann, der als Gemeinderat per Ende Juni zurückgetreten ist. (STZ)

### REIGOLDSWIL

#### Obstbrennerei Wirz räumt an Prämierung ab

Mit vier Gold- und sechs Silbermedaillen an der nationalen Edelbrand-Prämierung von Disti Suisse in Bern war die Obstbrennerei Wirz aus Reigoldswil die erfolgreichste Brennerei der Nordwestschweiz. Mit Gold ausgezeichnet wurden der Reigoldswiler Kirsch, Eierkirsch, Vieille Poire und Vieille Prune. Silber gab es für den Apfelschnaps Gala, Baselbieter Kirsch, Baselbieter Kirsch-Dollenseppeler, Burgermeisterli, Zwetschgenwasser und Zwetschgenwasser Haganta. Die Naturprodukte aus dem Hause Wirz sind seit vielen Jahren ein sicherer Wert und erzielen in den Prämierungen regelmässig Spitzenresultate. Für Prämierung von Disti Suisse haben 91 Brennereien aus allen Regionen der Schweiz insgesamt 477 Edelbrände eingereicht zur Bewertung durch eine Fachjury. Disti Suisse ist eine gemeinsame Plattform, die 2010 der Schweizerische Obstverband, Spirituoserverband, das Schnapsforum und die Fondation rurale interjurassienne ins Leben gerufen haben. (BZ)

## UMFRAGE

### Was halten Sie von den Sparmassnahmen, welche die Baselbieter Regierung im Kulturbereich umsetzen will?

UMFRAGE: SIMON TSCHOPP



#### Rahel Bänziger Keel (Grüne)

«Ich finde es sehr schade, dass solche Sparmassnahmen getroffen werden. Einerseits macht man Wirtschaftsförderung und möchte neue Betriebe ansiedeln. Andererseits ist Kultur Wertschöpfung für die Gesellschaft, was genauso wichtig ist. Zu einem Standortvorteil, den wir hier haben, gehört ein gutes Kulturangebot. Deshalb ist es für mich eindeutig der falsche Ort, um Sparmassnahmen anzusetzen. Kommt hinzu, dass viele der betroffenen Kulturinstitutionen planen müssen und dies nun über den Haufen geworfen wird.»



#### Sven Inäbnit (FDP)

«Grundsätzlich bedauere ich, dass wir an dem Punkt angelangt sind, wo wir auch solche Massnahmen ins Auge fassen müssen. Das Ziel der Regierung, die 200 Millionen Franken einzusparen, gibt es nicht gratis. Das tut weh. Es braucht eine gewisse Opfersymmetrie über alle Staatsausgaben hinaus. Ich persönlich finde, der Fokus gehört woanders hin, zum Beispiel in den Gesundheitsbereich, um die Kosten zu dämpfen. Das gehört allerdings nicht zum Sparpaket. Aber es würde vom Umfang her am meisten finanzielle Entlastung bringen.»



#### Christine Gorrengourt (CVP)

«Wir müssen in allen Bereichen sparen. Dies ist etwas Grundsätzliches. Deshalb wird auch die Kultur ihren Anteil beitragen müssen. Wenn wir die Sparmassnahmen so aufgelistet sehen, finde ich es wichtig, dass man genau hinschaut: Wo macht man damit etwas ganz kaputt, das man lange aufgebaut hat? Wo gibt es eine Übergangslösung, damit es wieder besser läuft? Wie kann man diese Institutionen unterstützen, indem sie selber auf die Beine kommen? Es darf keine Tabula rasa geben. Das ist mir sehr wichtig.»



#### Christoph Hänggi (SP)

«Regierungsrätin Monica Gschwind betreibt «Pflasterlipolitik». Die Ausgaben für Kultur und Bildung waren in den vergangenen Jahren nicht die grossen Kostentreiber. Wenn man jetzt in diesem Bereich spart, nützt das dem Kanton nichts. Dieser muss seine Aufgaben machen in der Gesundheitspolitik und bei der Sozialhilfe, damit er dort die Kosten in den Griff bekommt. Mit diesen Sparmassnahmen bestraft man Leute, die jahrelang sehr gut gearbeitet haben und enorm viel für das Renommee des Kantons und der Region getan haben.»



#### Susanne Strub (SVP)

«Es muss gespart werden – und zwar überall. Damit müssen wir leben und das Beste daraus machen. Ich kann übers Projekt «Neue Musik Rümelingen» reden, weil ich es schon besucht habe: Es bietet ein breites Spektrum, wofür man grosses Verständnis braucht, damit man das als Kultur durchgehen lassen kann. Wenn das Festival weitergeführt werden soll, dann müssen die Organisatoren dafür sorgen, dass es selbsttragend ist. Die Zuschauer sollen einen entsprechenden Eintrittspreis zahlen, um die Kosten zu decken.»